

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856
Druck und Verlag von Liepisch & Reichardt in Dresden.

Fondant-Chocolade			per Tafel 50 Pf
Rahm-Chocolade			
Bitter-Chocolade			
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.			
Dessert per Carton 2,3 u. 4 M.			

Bezugs-Verhältnisse
 Für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (am Samstag und Sonntag) nur einmal 1,50 M., bei wöchentlichem Bezugsverhältnis bis 1,20 M. Der wöchentliche Bezugspreis durch die Post 1 M. (ohne Beleggebühren).
Umland: Deltapost 1,20 M., bei wöchentlichem Bezugsverhältnis bis 1,00 M., bei wöchentlichem Bezugsverhältnis durch die Post 1 M. (ohne Beleggebühren).
 Ausland: Deltapost 1,50 M., bei wöchentlichem Bezugsverhältnis bis 1,30 M., bei wöchentlichem Bezugsverhältnis durch die Post 1 M. (ohne Beleggebühren).
 Bei wöchentlichem Bezugsverhältnis durch die Post 1 M. (ohne Beleggebühren).
 Bei wöchentlichem Bezugsverhältnis durch die Post 1 M. (ohne Beleggebühren).
 Bei wöchentlichem Bezugsverhältnis durch die Post 1 M. (ohne Beleggebühren).

Wagerei-Zarif.
 Annahme von Zeitungsbestellungen bis nachmittags 5 Uhr. Sonntags nur Vormittags bis nachmittags 12 Uhr. Derzeitige Zeitungspreise sind in der beigefügten Preisliste auf Seite 70 zu sehen. Bei wöchentlichem Bezugsverhältnis 1,50 M., bei monatlichem 14,50 M. Familienbestellungen aus Dresden bis einschließlich 1. Juni 1914 zu ermäßigtem Preis. — Die Abonnements nach Dresden und Ostpreußen erheben keinen Zuschlag. — Zusätzliche Aufträge sind gegen Bezahlung aufzugeben. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
 Sammelnnummer für sämtliche Telefonanschlüsse: 25241
 Nachtanschlüsse: 20011.

Hauptredaktionsstelle:
 Marienstraße 38/40.

Garfaparill - Kräuter - Walfur
 Schupfwerk Dr. Brandes, Kottbuser, Langen-, gut schmeckender Kräuteressig zur Reinigung u. Aufhebung des Mundes u. der Gänge. Zur Verbeugung gegen Krankheiten und Wundheilung sehr beliebt. Besteht aus mehreren Tagewürzern, 1,20 M., enthält 1,30 M., letztere auch als Preis für Mundentzündungen gegen Kopfschmerzen, Gichtreißer und Rheuma. Dresden - A., Neumarkt 6.

Verlangen Sie überall nur
Radeberger Pilsner
 aus der Radeberger Exportbierbrauerei.

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
 Kronleuchterfabrik
 Königl. Sächs. Hoflieferanten
 DRESDEN - A. Serrestr. 5 u. 7.

Oberförster Keitels Einreibung
 in Original-Flaschen zu 50 Pf. und 1 M., und die altbewährten Regimentsarzt

Dr. Dietrichs Verdauungspillen
 in Orig.-Dosen zu 50 u. 75 Pf., nach Originalrezepten bereitet, alle in echt, man achte auf Siegel und Firma:

Schwan-Apotheke, Neust. Markt 3
 Nachahmungen weisen man zurück

Für eilige Leser
 am Donnerstag morgen.

Aus Anlass des feierlichen Landtagschlusses fand gestern Abend im Residenzschloss in Gegenwart des Königs die übliche Landtagstafel statt.
 Im königlichen Opernhaus fand die Wohlthätigkeitsvorstellung zum Besten des Roten Kreuzes in Anwesenheit des Königs und der königlichen Prinzen statt.
 Die Sammlung für das Dresdner Richard-Wagner-Denkmal, die insgesamt 11.392,80 Ml. ergeben hat, ist jetzt geschlossen worden.
 Zwischen den Reichs- und Staatsbehörden haben Verhandlungen über die Verhütung von strengeren Bewachung der Festungen gegen Spionage stattgefunden.
 Die von einigen ausländischen Regierungen erhobenen Einprüche gegen die Herausgabe der Ausländer zum Wehrbeitrag sind abschlägig beschieden worden.
 Zu Ehren des dänischen Königspaars fand gestern in Prater große Parade und Komilitentafel statt.
 Das albanische Kabinett hat dem Fürsten mündlich die Demission angeboten.
 Der Etat des schwedischen Reichsministeriums weist mit 58 Millionen Kronen gegen das Vorjahr eine Erhöhung von rund 4 Millionen Kronen auf.
 Die Aussichten der amerikanischen mexikanischen Friedenskonferenz werden als sehr schlecht bezeichnet, da Carranza ihre Beschlüsse nicht anerkennen will.
 Weiteranlage der amtl. sächs. Landesweiterwartung; Rüstliche Wände; wechselnde Bewölkung; Temperaturwerte geändert, vorwiegend trocken.

Andererseits ist der Reichstag da, wo er Zeit sparen konnte, bei der Etatsberatung, die gebotene Rücksichtnahme auf das sonstige Arbeitsmaterial so gut wie ausgedient geblieben. In erster Linie in dieser Hinsicht muß Wandel geschaffen werden, wenn es besser werden soll.
 Mit der möglichst frühen Einbringung neuer Gesetzesentwürfe und der Kontingenterung der Etatsberatung ist es allein nicht getan. Eine Aenderung wird nur dann eintreten, wenn nicht schon bei der Vorbereitung neuer Gesetzesentwürfe Regierung und Reichstag Hand in Hand arbeiten, ähnlich wie es in England, allerdings unter anderen parlamentarischen Verhältnissen, geschieht. Dann werden die Kämpfe, die sich jetzt im Reichstag abspielen und dessen Zeit weit über Gebühr im Anspruch nehmen, in ein Vorstadium verlegt, und die Verhandlungen des Reichstages könnten um so sachlicher geführt werden, als Meinungsverschiedenheiten über grundsätzliche Fragen nicht mehr obwalten. Dabei wäre es dann die Aufgabe der Parteien, rechtzeitig mit denjenigen Berufs- und Erwerbskreisen Fühlung zu nehmen, die von einer gesetzgeberischen Neuregelung berührt werden. Auf diese Weise ließe sich, zumal wenn sich der Reichstag entschließen könnte, bereits im Frühjahr an die Arbeit zu gehen, Zeit gewinnen und es würde vermieden werden, daß der Reichstag, wie jetzt, auseinanderbricht, ohne auf die Frage, weshalb er eigentlich da war, befriedigende Antworten geben zu können.
 An der jetzt beendeten Tagung kann eigentlich nur die Sozialdemokratie Freude haben, obwohl auch sie nichts erreicht hat. Ihr Erfolg besteht aber darin, daß die bürgerlichen Parteien nach wie vor uneins sind. Wohl hat es an einmütigen Kundgebungen nicht gefehlt, so in dem Bekenntnis zur nationalen Jugendpflege, in der Abwehr der Angriffe auf unser Heer und die Integrität seiner Verwaltung. Aber von einem einheitlichen Willen zum Kampfe gegen den Unmuth ist man heute genau so weit entfernt wie vor 2 1/2 Jahren, als das bekannte, soeben von Herrn von Seydenbrand treffend bezeichnete „Dämpfungsabkommen“ in Szene ging. Doch der Sammlungspolitiker des leitenden Staatsmannes der Erfolg verlagert geblieben ist, lag nicht am wenigsten an den unklaren Mehrheitsverhältnissen, die jede Erlassung ins Schwanken bringen konnte. Wie will man noch von Beschlüssen des Reichstages oder gar von Entscheidungen der deutschen Volksvertretung sprechen, wenn zwei oder drei Stimmen, wie bei der Besoldungsnovelle, oder gar Stimmengleichheit, wie bei der Frage der Einlegung einer Kommission zur Prüfung des Impfwesens, über Annahme und Ablehnung entscheiden! Fürwahr ein unerfreuliches, vom Standpunkte der Reichswohlfahrt und des Ansehens des Reichs unerträgliches Schauspiel!

in Frage gekommen; 100 Ml. Zulage für Unterbeamte ist keine Neuwahlparole!
 Der Schluß des Reichstages scheint aber auch, abgesehen von seiner Tragweite für die Parteiverhältnisse, zu einem erfreulichen Ausblick in die Zukunft zu berechtigen. Die Regierung hat aus der jüngsten Vergangenheit gelernt, daß sie die Geschicke des Vaterlandes, entgegen dem feinerzeit von Bismarck befohlenen Vertrauen, nicht einem aus dem radikalen Wahlrecht hervorgegangenen Parlament überlassen darf, sondern im Bewußtsein der eigenen Verantwortung selbstständig handeln muß. Auch davon dürfte sie sich überzeugen haben, daß die Hebergriffe des Reichstages in die Hoheitsrechte der Einzelstaaten ein Ende haben müssen. Hoffentlich liegt die Absicht und Bedeutung der Erklärung zur preussischen Wahlrechtsfrage, die der neue Minister des Innern in Preußen abgegeben hat, nicht zuletzt darin, daß gegen die Verhebungen des Reichstages, auf die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten Einfluss zu gewinnen, feierlich Verwahrung eingelegt werden soll. Scharfe Abgrenzung der Rechte und Pflichten — das ist das einzige Mittel, um die latenten Konfliktszustände, die die Nation kaum noch zur Ruhe kommen lassen, aus der Welt zu schaffen. An solcher Scheidegrenze hat es in dem jetzt beendeten Tagungsabschnitt mehr als je gefehlt. Daher das Gefühl der Ab- und Ueberbinnung, des Unbefriedigten in solchem Maße, daß dieser Reichstagsabschied niemanden tauglich stimmt.

Reichstags Abschied 1914.

In den Annalen des Deutschen Reichstages läßt sich schwerlich eine Tagung finden, in der der Aufwand an Zeit, Arbeit und — Kosten in einem solchen Maßverhältnis zu dem Arbeitsergebnis gestanden hat, wie in dem am 25. November 1913 begonnenen, nach fast halbjähriger Dauer eben beendeten Sessionsabschnitt. Das Vergehen des Reichstages in dieser Zeit außer den laufenden Geschäften und einigen kleinen Vorlagen zustande gebracht hat, ist bald hergezählt: der um acht Wochen verspätete Etat, das nicht ganz befriedigende Gesetz über die Konkurrenzankunft im Handelsgewerbe, das vielfach ansehbare Gesetz über den Verzicht militärischer Geheimnisse, das Postgesetzes, die Aenderung der Zweikampfbestimmung im Strafgesetzbuch, die neue Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige und die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch. Ungleich ärdrer, vor allem der Bedeutung nach, ist die Reihe der gecheiterten und unerledigt gebliebenen Vorlagen: Verzicht mit Verlust, kleine Gewerbeordnungsnovelle, Sonntagssruhe im Handelsgewerbe, Luftverkehrsrecht, Kleinwohnungsrecht, Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens, Errichtung eines Kolonialgerichts, die für das Handwerk und das Kleinvergewerbe wichtigen Initiativanträge über Submissions- und Verdingungswesen, Besoldungsnovelle, Rennwettgesetz, Anwendungen an Altpensionäre. Die Frage stellt sich also sehr bedenklich nach der Seite des non possumus. Beinahe könnte man darüber Genugthuung empfinden, daß dem Uebermaß an Gesetzesmacherei einmal Einhalt getan worden ist. Aber die Nachfolge und die unerfreulichen Nachwirkungen überwiegen doch allzu sehr. Dem Ansehen des Reichstages kann es ganz gewiß nicht frommen, daß seine Mitglieder nach sechsmonatiger Tätigkeit loszulassen mit leeren Händen vor ihre Wähler treten. Von den geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen waren manche ein dringendes Bedürfnis, ihre Unerledigung oder Versäumnung bleibt unter allen Umständen zu bedauern. Dabei ist in den Kommissionen fleißig und tüchtig gearbeitet worden. An Zeit hat es auch nicht gefehlt. Wenn trotzdem so wenig erreicht worden, ist noch den Gründen zu fragen und auf Abhilfe zu tunnen.
 Die 111 Sozialdemokraten sind für die Parteien, die positiv arbeiten wollen, sicherlich keine angenehme Beigabe, aber die Tagung von 1913 hat gezeigt, daß deshalb doch Großes und Gutes geleistet werden kann. Das allzu große Redebedürfnis kann den geringfügigen Arbeitsvertragsmangel nicht zur Genüge erklären. Es hätte sich diesem Mißstand auch wirksam begegnen lassen, wenn es nicht an Einem gefehlt hätte, das augenscheinlich die Wurzel des Übels ist: an bestimmter und rechtmäßiger Disposition. In diesem Punkte haben Regierung und Reichstag einander nichts vorzuwerfen. Die regellose Folge, in der die Vorlagen dem Reichstage zugehen, macht es diesem unmöglich, zu Beginn der Tagung das Arbeitspensum zu überleben und danach das Erforderliche zu veranlassen.

Naturgemäß konnte auch das Reichstagspräsidium davon nicht unberührt bleiben. Auf die Dauer geht es nicht an, daß zwei große, zusammen ausschlaggebende Gruppen in der bürgerlichen Mehrheit, die der Reichstag noch immer besitzt, im Präsidium nicht vertreten sind. Daß unter diesen Umständen eine einheitliche Front der bürgerlichen Parteien zustande kommen sollte, war schließlich ein Ding der Unmöglichkeit. Deswegen und um dem Scheitern der sogenannten Vorkonferenz, die eben doch nur eine äußerlich unsichere Zufallsmehrheit war, ein Ende zu machen, ist die Neuwahl des Präsidiums ein unbedingtes Erfordernis. Der latente Konfliktszustand, der schließlich auf die Parteitalität und den Gang der Geschäfte abfarbe, muß verschwinden.
 Unter diesen Umständen war der Schluß des Reichstages geboten. Es war auch die höchste Zeit dazu. Selbst die eifrigsten Debattierer konnten an einer Täthigkeit, die von vornherein zur Fruchtlosigkeit verurteilt war, keine Freude mehr haben. Mit dem Schluß des Reichstages hat die Regierung aber auch den selbstbewussten Willen gezeigt, den sie bisweilen hat vermissen lassen. In der Konkurrenzfrage hat sie ihren Willen durchgesetzt, bei der Besoldungs-Rovelle ließ sie es trotz Zentrum auf ein Scheitern ankommen. Der von einer starken Mehrheit vertretenen, aber angesichts des ganz unbefriedigenden Arbeitsertrages durchaus nicht vertretbaren Forderung der freien Eisenbahnfahrt während der Sessionsdauer hat sie nicht nachgegeben. Diese Energie hatte sogar das Gerücht entstehen lassen, der Reichstag werde der Auflösung verfallen, wenn in der dritten Lesung des Etats der sozialdemokratische Antrag zugunsten der Unterbeamten durch das Zentrum zur Annahme gebracht würde. Das ist natürlich im Ernste nicht

Drahtmeldungen
 vom 20. Mai.
Preussischer Landtag.
 Herrenhaus.
 Berlin. (Priv.-Tel.) Das Herrenhaus genehmigte die Dortmunder Stadterweiterung und die Erweiterung der Stadt Köln durch Eingemeindung von Weibem und Mülheim. Am Montag wird das Bäderkomitee beraten.
Abgeordnetenhaus.
 Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus lehnte die dritte Lesung des Etats fort. Beim Etat der Aufhebungskommission für Westpreußen und Polen erwiderte auf eine Beschwerte des Abg. v. Trampeuwolff (Folk.), daß Mittel der Aufhebungskommission dem Chmarkenverein zugeteilt seien. Minister v. Scherfener: Die Sache ist genau untersucht worden. Im Jahre 1910 sind dem Chmarkenverein aus dem Dispositionsfonds 4000 Mark gezahlt worden, aber nicht für die politischen Zwecke des Vereins, sondern nur dafür, weil sich der Verein im Interesse der Aufhebungskommission bemüht hat, Aufseher heranzuziehen. Ich behalte mir vor, auch in Zukunft für solche Zwecke Mittel zu bewilligen.
 Zum Landwirtschastsetat beantragte Abg. Waltenborn (Zentr.) Prüfung der Frage, auf welchem Wege der Versicherung der wirtschaftlichen Lage des preussischen Winzerstandes gehindert werden könne. — Abg. Eder (Unl.) beantragte Schaffung eines Fonds zur Förderung der Wirtschaft und der Viehweidung. In diesem Jahre sollen dem Landwirtschaftsminister 1 Million, 1915 2 Millionen und für die Jahre 1916 bis 1920 je 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. — Landwirtschaftsminister von Schorlemer erklärte, dem Antrage Eder sympathisch gegenüber zu stehen. Der Antrage der Viehpreise sei derart, daß es kaum noch möglich sei, bei diesen Preisen zu produzieren. Gegenwärtig wüchre er allerdings nicht, wie er die Millionen, die ihm Abg. Eder zuwenden wollte, angeblich verwenden sollte. Die Regierung bleibe weiter bemüht, der ablehnen Lage der Winzer abzuhelfen. Es werde auch die Frage der Revisionbedürftigkeit des Weingesetzes geprüft, aber es sei schwer, allen Beteiligten gerecht zu werden. Die Rauf- und Kleinkausche habe in vielen Gegenden ihren bedrohlichen Charakter verloren. Die Klagen über an geringe Entschädigungen bei Abschlächungen halte er für unbegründet. Eine Abschätzung der Abschlächungen auf Schweine scheint besonders mit Rücksicht auf die hohen Kosten undurchführbar. — Die Anträge Wallenborn und Eder werden an die Agrarkommission verwiesen. — Beim Justizetat erwiderte Justizminister Dr. Biefeler auf Beschwerden des Abg. Dr. Viehnicht, der Kronprinz habe nicht nur auf den gleichen Schatz durch die Gerichte Anspruch, wie jeder andere Staatsbürger, sondern der Staatsanwalt müsse selbstständig eingreifen, wie das auch bei den Verleumdungsprozessen geschehen sei. Rosa Luxemburg scheine nach dem noch nicht rechtskräftigen Urteil vorläufiger geworden zu sein. Zu dem Falle Siemens-Schndert wolle er nur bemerken, daß das Gericht darüber zu entscheiden habe, welche Brücke es zu den Akten nehmen wolle. Als Dr. Viehnicht meinte, der Kronprinz werde von den Staatsanwaltern des Staatsanwalts gewünscht haben, daher boten die Verleumdungsprozesse einen Anhalt zur Beurteilung des Kronprinzen, wurde er zur Ordnung gerufen. — Minister Dr. Biefeler bemerkte noch, die Anklagen wegen Verleumdung des Kronprinzen seien erhoben worden auf

Ert Pfunds Yoghurt!